



Antrag

Vorlage: AT/0130/2022		Datum: 04.11.2022			
Verfasser:	08-Ratsfraktion Die LINKE-PARTEI			Az.:	
Betreff:					
Antrag der Stadtratsfraktion Die LINKE-PARTEI: Energiearmut verhindern					
Gremienweg:					
17.11.2022	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt für einen wirksamen Schutz vor den tiefgreifenden finanziellen und sozialen Folgen der enormen Gas- und Energiepreissteigerungen und zur Sicherstellung einer für alle Menschen bezahlbaren Gas- und Energieversorgung unter Haushaltsvorbehalt folgende Maßnahmen umzusetzen, um Entlastungen zu schaffen für die gestiegenen Gas- und Energiepreise für Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen:

1. Die Einrichtung eines Energie-Härtefallfonds, mit dem angemessene Ausgleichsleistungen insbesondere für die Menschen und Privathaushalte bereitgestellt werden sollen, die aufgrund der hohen Gas- und Energiekosten, oder durch die starke Inflation, nicht mehr aus eigener Kraft in der Lage sind, ihre Gas-, Strom- und Nebenkosten alleine zu begleichen oder die von den bisherigen Entlastungspaketen gar nicht oder kaum entlastet werden.
2. Den Aufbau von Energiesparberatungsstellen ähnlich wie in Sachsen und die deutliche Stärkung der Beratungsstellen und der Programme zur Energieoptimierung und Wärmeeffizienz für Mieter*innen und Menschen mit selbstgenutztem Wohneigentum.

Begründung:

Bei einer Inflationsrate von 7,6% im Juni dieses Jahres müssen immer mehr Menschen den Gürtel enger schnallen. Einer Insa-Umfrage zufolge, verzichten bereits 16% der Menschen auf eine reguläre Mahlzeit. Treiber dieser Kostenexplosion sind die enorm gestiegenen Energiepreise, allen voran der Gaspreis. Dieser stieg nach Angaben des Bundesverbandes der Energie und Wasserwirtschaft (BDEW) für einen Haushalt in einem Mehr-Familienhaus alleine bis April 2022 binnen eines Jahres von ca. 6,5 Cent auf knapp 13,2 Cent pro kWh. Für 2023 prognostizierte die Verbraucherzentrale NRW sogar einen Gaspreis von 19,41 kWh. Aber auch die Strompreise werden zu einer immer größeren Belastung. Zahlte man vor einem Jahr noch 32 Cent pro kWh liegt er heute bei saten 37 Cent.

Besonders dramatisch ist diese Entwicklung für einkommensschwache Haushalte und für die 13,8 Millionen Menschen, die in Deutschland in Armut leben (vgl. Paritätischer Armutsbericht 2022). Immerhin wenden einkommensschwache Haushalte heute schon ungefähr 12% ihres Einkommens allein für Energie auf. Dennoch waren 2020 ca. 2 Millionen Menschen nicht mehr in der Lage, ihr Zuhause ausreichend zu beheizen (vgl. Monitoringbericht der Bundesnetzagentur 2021). Sie werden sich im Winter die Frage stellen müssen: Essen oder Heizen? Die Kosten für Strom, Wärme und Mobilität sind dabei für die meisten Menschen kaum vermeidbar und die Einsparpotenziale durch individuelles Verhalten relativ gering.

Nach alledem besteht ein dringender und sehr komplexer Handlungsbedarf in vielen Bereichen, um den Menschen in Koblenz die zu der Bewältigung der Folgen der Energiekrise erforderlichen Entlastungen zu gewähren. Nach Auffassung der Fraktion Die LINKE-PARTEI steht die Stadtverwaltung in Anbetracht der dargestellten Problemlage in der unmittelbaren politischen Verantwortung, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Menschen vor den tiefgreifenden finanziellen und sozialen Folgen der enormen Gas- und Energiepreissteigerungen und eine für alle Menschen bezahlbare Gas- und Energieversorgung sicherzustellen. Zu dem hierfür erforderlichen Maßnahmenpaket gehören die Einrichtung eines Energie-Härtefallfonds und der Aufbau von Energiesparberatungsstellen.

Auswirkungen auf den Klimaschutz: